



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand** und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deutsche EU- Ratspräsidentschaft 2020: Raus aus der Krise, rein in die Zukunft!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass Deutschland während der EU-Ratspräsidentschaft den Fokus auf die Überwindung der Krise und ein gestärktes Hervorgehen Europas aus der Krise legt.

Dazu zählen insbesondere:

1. Planungssicherheit in der Klimapolitik. Der europäische „Green Deal“ muss umgesetzt und die Ratspräsidentschaft nach wie vor zur Klimapräsidentschaft werden. Um das zu realisieren, fordert der Landtag die Staatsregierung auf, dafür einzutreten, dass sich Deutschland für ein europäisches Klimaschutzgesetz mit ambitionierten Zwischenzielen einsetzt und der „Green Deal“ durch ausreichende Mittel im mehrjährigen Finanzrahmen hinterlegt wird. Bereits auf EU-Ebene aufkommende Bestrebungen Klimaschutzvorhaben abzuschwächen weist der Landtag entschieden zurück. Die im „Green Deal“ angelegte ökologische Transformation der Wirtschaft ist Voraussetzung für Arbeitsplatzsicherheit und künftigen Wohlstand.
2. Die Knüpfung von EU-Haushaltsmitteln an die Einhaltung von Rechtsstaatlichkeit und demokratischen Werten. Hierzu muss ein sinnvoller Überprüfungsmechanismus geschaffen werden, der als Sanktion die Kürzung der EU-Mittel für einen Mitgliedsstaat bzw. deren unmittelbare Verwaltung durch die EU vorsieht.
3. Ein Vorschlag für eine gemeinsame Asylpolitik, die auf humanen Werten basiert und die aktuelle Situation entschärft. Asyl und Migration müssen endlich menschenwürdig gestaltet und europäische Solidarität gegenüber den Staaten an den Außengrenzen gezeigt werden.
4. Ein europäischer Fahrplan im Bereich der Digitalisierung. Bayern kann sich nur als Digitalstandort behaupten, wenn es gute europäische Rahmenbedingungen dafür gibt. Die Hightech Agenda Bayern sowie weitere Anstrengungen auf Landes- und Bundesebene müssen sich in ein europäisches Gesamtkonzept einfügen.

Begründung:

Vom 01. Juli 2020 bis zum 31. Dezember 2020 übernimmt Deutschland erstmals seit 13 Jahren die EU-Ratspräsidentschaft und damit den Vorsitz im Rat der Europäischen Union. Damit bildet die Bundesrepublik die Trio-Präsidentschaft mit Portugal und Slowenien, welche gemeinsam die Ziele und das Programm für die Arbeit des Rates der EU festlegen. Die Präsidentschaft hat eine vermittelnde und koordinierende Rolle, sowohl innerhalb des Rates als auch zwischen Rat und anderen EU-Institutionen. Daneben können eigene inhaltliche Schwerpunkte gesetzt werden. Gerade im Hinblick auf aktuelle Krisen ist es wichtiger denn je, die großen Herausforderungen jetzt anzugehen

und die Weichen zu stellen für ein solidarischeres Europa, das stark aus der Krise hervorgeht und seine Zukunft fest im Blick hat.

Vonseiten der Bundesregierung gibt es bisher kein offizielles Papier, in welchem die Schwerpunkte der Ratspräsidentschaft dargelegt werden. Auch vonseiten Bayerns ist noch unklar, welchen Beitrag der Freistaat zu einer erfolgreichen deutschen EU-Ratspräsidentschaft leisten wird. Daher fordert der Landtag die Staatsregierung auf, sich für die genannten Schwerpunkte jetzt stark zu machen. Wir in Bayern sind unmittelbar davon betroffen, was auf EU-Ebene entschieden wird. In ihrem Koalitionsvertrag verspricht die Staatsregierung: „Wir werden Europapolitik aktiv mitgestalten. Alle Ressorts der Staatsregierung sollen sich bei europapolitischen Themen aktiv einbringen. Dazu werden wir die Koordination innerhalb Bayerns und mit der Bundes- sowie der EU-Ebene stärken“.

Mit der Corona-Krise stehen wir in Europa vor einer Herausforderung. Bisherige Herausforderungen dürfen dabei dennoch nicht außer Acht gelassen werden. Im Hinblick auf die Klimapolitik wäre ein Aufweichen bisheriger Planungen nur ein Weg in die nächste Krise. Auch für bayerische Unternehmen ist es essenziell, sich darauf verlassen zu können, dass bisherige Planungen umgesetzt werden.

Ebenso muss die Einhaltung von Rechtsstaatlichkeit einen wichtigen Punkt auf der Agenda der deutschen EU-Ratspräsidentschaft bilden. Auch hier gilt: Raus aus der Krise, rein in die Zukunft! Wir müssen jede Krise im Blick haben. Mit größter Sorge beobachten wir, dass es in Mitgliedstaaten der EU bereits zur Einschränkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gekommen ist. Die jüngst verabschiedeten Notstandsgesetze in Ungarn machen deutlich, wie wichtig es ist, sich in Zukunft verstärkt für eine Einhaltung von Rechtsstaatlichkeit und demokratischen Werten einzusetzen.

Die europäische Asyl- und Migrationspolitik ist seit der Corona-Krise verstärkt in den Hintergrund gerückt. Doch gerade in diesen Zeiten müssen wir uns dafür stark machen, dass Menschenrechte unter allen Umständen gewahrt werden. Situationen, wie die der überfüllten Geflüchtetenlager an den EU-Außengrenzen, in welchen menschenunwürdige Lebensumstände herrschen, es zu wenig ärztliche Versorgung gibt und Hygienevorschriften nicht einhaltbar sind, machen deutlich, wie dringlich es ist, jetzt gemeinsam und solidarisch zu handeln.

Auch im Bereich der Digitalisierung braucht es einen europäischen Fahrplan. Mit der Regierungserklärung vom Oktober 2019 startete die große Technologieoffensive mit dem Titel „Hightech Agenda Bayern“. Um dieser Idee nur ansatzweise gerecht zu werden, braucht es einen europäischen Rahmen, denn Digitalisierung macht nicht an Ländergrenzen halt. Wenn Bayern ein führender Player in diesem Bereich werden möchte, ist eine enge Zusammenarbeit mit europäischen Partnerinnen und Partnern unverzichtbar.